

29. November 2019

# Länderbericht

Europabüro Brüssel



## Breite Mehrheit im Parlament - Die Kommission um Ursula von der Leyen beginnt die Arbeit mit ehrgeizigen Zielen

*Dr. Hardy Ostry & Ludger Bruckwilder*

**Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung am Mittwoch die neue Europäische Kommission von Präsidentin Ursula von der Leyen mit breiter Mehrheit bestätigt. Ab dem 1. Dezember beginnt die Amtszeit, für die sich die neue Kommission ehrgeizige Ziele gesteckt hat. Von der Leyen hat, wie schon Mitte Juli kurz nach ihrer überraschenden Nominierung, einen überzeugenden Auftritt vor dem Europäischen Parlament absolviert und eine klare Vision vorgestellt, in welche Richtung sowie mit welchen Prioritäten sich die Europäische Union in den kommenden Jahren entwickeln soll.**

Mit insgesamt 461 Ja-Stimmen war die Unterstützung für Präsidentin von der Leyen und ihr Kollegium, bestehend aus 26 Kommissarinnen und Kommissaren, stärker ausgefallen, als es zu erwarten war (157 Nein-Stimmen, 89 Enthaltungen). Noch im Juli war die Mehrheit im Parlament für die frisch nominierte neue Kommissionspräsidentin sehr knapp ausgefallen. Zudem zeigte sich bei den Anhörungen der einzelnen Kommissare im Herbst durch das Europäische Parlament, dass einige Nominierte einen schweren Stand hatten und es sowohl am Personal als auch an

den Zuschnitten und den Prioritäten der einzelnen Portfolios erhebliche Kritik gab. Eigentlich hätte die neue Kommission die Arbeit bereits am 1. November beginnen sollen. Allerdings verzögerte sich die Übernahme der Amtsgeschäfte um einen Monat, da mehrere nominierte Kommissare in den Anhörungen im Parlament durchfielen oder erst gar nicht für diese zugelassen wurden. Bereits in der Vergangenheit kam es bei Kommissionsbildungen immer wieder zu Verzögerungen, da das Parlament die Kandidaten nicht akzeptiert hatte. Aufgrund des Scheiterns des vor allem und vorrangig vom Parlament propagierten Spitzenkandidatenprinzips gingen viele Beobachter davon aus, dass die Abgeordneten von ihrem Recht bei den Anhörungen diesmal besonders gründlich Gebrauch machen würden.

### **Drei Nominierungen abgelehnt**

Vor diesem Hintergrund hatte Ursula von der Leyen gleich nach ihrer Nominierung zu spüren bekommen, wie viel Überzeugungsarbeit sie im Parlament für sich und ihr künftiges Team leisten müssen, um die Zustimmung der Parlamentarier zu bekommen. Nachdem sie Anfang September ihren Vorschlag des Personaltableaus samt den

inhaltlichen Kompetenzen und des organisatorisch-hierarchischen Aufbaus vorgestellt hatte, gab es viele kritische Stimmen aus dem Parlament und den anderen EU-Institutionen. Schnell gerieten einzelne Kandidatinnen und Kandidaten, die von ihren nationalen Regierungen nominiert worden waren, ins Zentrum der Kritik. Aber auch die vorgeschlagenen inhaltlichen Zuschnitte sowie die konkreten Aufgabenbeschreibungen werteten viele Beobachter als problematisch. Exemplarisch durchexerziert wurde dies insbesondere anhand des Ressorts von Margaritis Schinas, der für den „European Way of Life“ verantwortlich sein wird. Von der Leyen war dafür bereits im September stark kritisiert bzw. auch willentlich missverstanden worden. Letztlich meint der Begriff den Einsatz für die Werte und Prinzipien der EU, die bereits in Artikel 2 des Lissabonner Vertrages ihren Niederschlag fanden: Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Toleranz.

Bereits vor Beginn der Anhörungen war daher abzusehen, dass das Parlament von seinem Recht sehr gewissenhaft und selbstbewusst Gebrauch machen wird, bei den Anhörungen der nominierten Kommissarinnen und Kommissare sorgfältig und mitunter streng die Eignung zu überprüfen.

Tatsächlich wurden insgesamt drei Nominierungen vom Parlament abgelehnt. Mit der Rumänin Rovana Plumb und dem Ungar László Trócsányi traf es durch das negative Votum des Rechtsausschusses gleich zu Beginn des Prozesses zwei Kandidaten, die von vorne herein als Wackelkandidaten gegolten hatten. Beide konnten Interessenskonflikte mit Blick auf ihre

früheren Tätigkeiten nicht ausräumen. Durch den zwischenzeitlichen Sturz der sozialistischen Regierung in Rumänien wurde Rovana Plumb durch die EVP-Kandidatin Adina Vălean ersetzt, sodass in der gesamten Kommission die EVP-Kommissare den größten Block stellen. Dabei traten dann auch schnell die Spannungen innerhalb der neuen Kommission zutage, demnach Frans Timmermans mit den Worten zitiert wurde, diese Nominierung gefährde die innere, wohl gemeint parteipolitische, Balance der Kommission.

Überraschender war die Ablehnung der französischen Kandidatin Sylvie Goulard, die wohl ein politisches Schwergewicht in von der Leyens neuer Kommission geworden wäre und aufgrund ihrer Qualifikationen als potentiell starke Akteurin auch mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis hätte werden können. Allerdings gibt es laufende Ermittlungen gegen sie in einer Affäre um mögliche Scheinbeschäftigungen auf EU-Parlamentskosten. Zumindest bildete dies vordergründig den berechtigten Anknüpfungspunkt für die gegen sie ins Feld geführte Kritik. Andererseits war wohl bei kaum einer Anhörung der Selbstbehauptungswille eines Parlamentariers derart ausgeprägt wie bei der französischen Kandidatin, wohl kalkulierend, dass man mit einer Ablehnung nicht nur die Kandidatin selber, sondern auch den Hausherrn im Elysée treffen würde. Es zeugt also nicht von böser Absicht davon auszugehen, dass die Motivation vielschichtig war, dass sie vom Ausschuss für Industrie und Binnenmarkt abgelehnt wurde.

Auch der nachnominierte ungarische Kandidat Olivér Várhelyi hatte einen schweren Stand und musste zusätzlich zu seiner planmäßigen Anhörung

schriftlich Fragen beantworten, da er in der ersten Abstimmung über ihn nicht die erforderliche Mehrheit erreichte. Stellenweise trieb das Anhörungswesen des Parlaments dabei jedoch auch seltsame Blüten, die den Realitätssinn des ein oder anderen Beobachters beleidigte: Sowohl im mündlichen Verfahren wie auch schriftlich musste er mehrmals, weil es einige Abgeordnete „so gerne hören“, versichern, dass er als Kommissar nur der EU verpflichtet sei und keine Weisungen aus Budapest – sprich von Viktor Orban – annehmen würde.

All diese Entwicklungen während der Parlamentsanhörungen führten dazu, dass der 1. November als Termin für die Übernahme der Amtsgeschäfte nicht mehr zu halten war. Dennoch sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass insgesamt 23 Kandidatinnen und Kandidaten in den Anhörungen vom Parlament angenommen wurden und die Verzögerung um einen Monat angesichts der komplizierteren politischen Mehrheitsverhältnisse im Parlament vergleichsweise akzeptabel ausfällt. Die Tatsache, dass das Vereinigte Königreich, bis dato nach wie vor Mitgliedsstaat der EU, auf eine Nominierung verzichtet hat, was ein Rechtsverfahren nach sich zieht, hat angesichts der vielen Diskussionen rund um den Brexit und seine Auswirkungen relativ geringe Kontroversen ausgelöst.

Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion, zeigte sich dennoch wenig überrascht angesichts des guten und deutlichen Ergebnisses für die neue Kommission von Ursula von der Leyen. „Wir haben unseren Job gemacht. [...] Das Parlament hat wirklich seine Pflicht erfüllt, die Kandidaten zu checken, bevor sie in Verantwortung kommen“, sagte er.

Nun sei die Stimmung geprägt von der Lust, die Arbeit endlich zu beginnen.

### **Ursula von der Leyen europapolitische Vision überzeugt: Europa kann das**

Auch bei ihrem zweiten großen Auftritt vor dem Europäischen Parlament wusste die neue Präsidentin der EU-Kommission mit einer dreisprachigen Rede zu beeindrucken. Sie skizzierte ihre europapolitische Vision für die nächsten fünf Jahre und stellte gleichzeitig die neuen Kommissarinnen und Kommissare vor.

Die Ziele und Ambitionen der neuen Kommission sind vielfältig und ehrgeizig. In einigen Politikfeldern wird ein neuer Kurs eingeschlagen, in anderen soll das Tempo deutlich erhöht werden. „Europa kann das“, war sich die neue Präsidentin in ihrer Rede sicher.

Von der Leyen möchte die neue Kommission geopolitisch ausrichten, und sie erwartet, dass sie selbstbewusst auftritt. Sie hob dabei das Prinzip des Multilateralismus hervor, in dem die EU als verantwortungsvolle Macht agiert und treibende Kraft für Veränderungen zum Besseren sein muss. Gleich mehrere Mitglieder des Kollegiums werden in ihrem Verantwortungsbereich dieser geopolitischen Ausrichtung folgen; der hohe Außenbeauftragte aus Spanien, die finnische Kommissarin für Entwicklung, der ungarische Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung sowie der Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz aus Slowenien.

Aber nicht nur nach Außen, als Akteur im internationalen System, schlägt die Kommission einen neuen, ambitionierteren Kurs ein. Auch nach

innen, mit Blick auf die Partizipation der EU-Bürger und das europäische Selbstverständnis, geht sie neue Wege. Zum einen hat von der Leyen bereits angekündigt, zusammen mit dem Parlament nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Europawahl und die Wahl zur Spitze der Kommission nach der Krise rund um das Spitzenkandidatenkonzept reformiert werden kann. Außerdem wird die Frage nach einem Gesetzesinitiativrecht des Parlaments weiter diskutiert werden, wobei von der Leyen dieses Recht erklärtermaßen unterstützt. Zum anderen wird es zur verbesserten Mitsprache der Bürger bei der Gestaltung Europas eine Zukunftskonferenz geben. Dubravka Šuica aus Kroatien wird in diesem Themenfeld arbeiten. Dass kurz vor der Abstimmung über die Kommission ein „französisch-deutsches non paper“ zu eben dieser Initiative zur Zukunft Europas bekannt wurde, macht deutlich, dass insbesondere Paris und Berlin sich hier in der Pflicht sehen, als oft beschworener „Motor Europas“ Engagement zu zeigen. Bereits auf dem nächsten Europäischen Rat soll über die Initiative gesprochen werden, zeitlich sollen die deutsche (2. Hälfte, 2020) und französische Ratspräsidentschaft (1. Hälfte 2022) dazu die Klammer liefern.

Als weiteres großes Zukunftsthema wird die kommende Kommission einen Fokus auf Digitalisierung legen. Ursula von der Leyen skizzierte in ihrer Rede hierzu sechs Säulen, um unseren Kontinent konkurrenzfähig zu halten. Erstens müsse Europa alle Schlüsseltechnologien besitzen und beherrschen (Quantencomputer, KI, Blockchain, kritische Chiptechnologie). Zweitens besitze man bereits die

wissenschaftlichen und industriellen Kapazitäten, um wettbewerbsfähig zu sein. Drittens bräuchte es die nötige Infrastruktur wie Gigabit-Netzwerke und sichere Clouds. Viertens gehe es darum, einen verantwortungsvollen Umgang mit Daten zu finden und diese Daten als Rohmaterial der Digitalisierung zu begreifen. Fünftens gelte es, hieraus Innovation zu generieren und schließlich müsse dies sechstens Hand in Hand gehen mit Cybersicherheit. Zuständig sein für das Themenfeld Digitalisierung wird eine der drei geschäftsführenden Vizepräsidenten, Margrethe Vestager, aus Dänemark. Dass die thematische Verantwortung bei einer Vizepräsidentin liegt, zeigt bereits, welche hohe Priorität dem Thema zugeschrieben wird.

Dies gilt gleichsam für die Klima- und Umweltpolitik. Hier wird Vizepräsident Frans Timmermans aus den Niederlanden für den sog. Green Deal zuständig sein. Diesem widmete sich von der Leyen in ihrer Rede vor dem Parlament sehr ausführlich und legte die Herausforderungen und Gefahren für jeden einzelnen, unseren Kontinent und die gesamte Welt dar. Wenn wir unsere Umwelt, unsere Lebensgrundlagen, unsere Wirtschaft, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand wahren möchten, sei der europäische Green Deal ein Muss. Erklärtes Ziel ist es, eine Strategie zu entwickeln, die Europa bis zum Jahr 2050 zum klimaneutralen Kontinent werden lässt. Gleichzeitig soll diese Strategie eine Wachstumsstrategie sein, die zwar Emissionen senkt, aber Arbeitsplätze schafft. Neben Frans Timmermans werden auch die estnische Energiekommissarin Kadri Simson sowie die Kommissarin für Verkehr, Adina Vălean (Rumänien), eine wichtige Rolle hinsichtlich des Green Deals spielen.

Auch Manfred Weber ging in seiner Rede als Fraktionsvorsitzender der größten Fraktion im Parlament auf den Green Deal ein und unterstützte diesen ausdrücklich. Er betonte, dass die Transformation vor allem durch technologischen Fortschritt erreicht werden müsse und könne, zusammen mit der Industrie und Landwirtschaft, keinesfalls gegen sie.

Weber freute sich, dass zum ersten Mal in der Geschichte eine Frau das höchste Amt der Kommission übernimmt. Die Ausgewogenheit im Geschlechterverhältnis war von vorne herein ein erklärtes Ziel von der Leyens bei der Zusammenstellung ihres Kollegiums. Sie konnte ihr Versprechen nicht ganz halten, aber Weber hob hervor, dass zumindest die EVP-Parteienfamilie bei diesem Aspekt geliefert habe.

Die breite Unterstützung der neuen Kommission im Abstimmungsergebnis kam mehrheitlich aus der EVP-Fraktion, aus der sozialdemokratischen Fraktion und aus der liberalen Fraktion. Hinzu müssen verschiedene Stimmen aus anderen Fraktionen gekommen sein. Die auf diese Weise zustande gekommene Mehrheit spiegelt zugleich eine der Besonderheiten des neuen Parlaments wider, die davon gekennzeichnet sein wird, dass Mehrheiten grundsätzlich schwieriger zu organisieren sein werden. Reichten zumindest theoretisch bislang die Stimmen von EVP und S&D, so bedarf es aufgrund der geänderten Mehrheitssituation im Parlament in Zukunft einer breiteren Basis.

Obwohl die neue Kommission mit einem sehr ambitionierten Klimaschutzprogramm an den Start geht, stimmte die Fraktion der Grünen

im Europaparlament nicht für die neue Kommission. Sie betonten zwar ihren Willen zur konstruktiven Mitarbeit, aber es bleibt die Frage, für welchen europapolitischen Kurs sie Verantwortung übernehmen würden.

### **Die neue Kommission wird sich an den ambitionierten Zielen messen lassen müssen**

Die Ziele der von der Leyen-Kommission sind ambitioniert und mitunter langfristig. Dennoch werden auch kurzfristig erste Ergebnisse zu sehen sein. In mehreren Bereichen hat sich die Kommission Ziele gesteckt, die es in den ersten 100 Tage zu erreichen gilt. Beispielsweise zum Klimaschutz, zu künstlicher Intelligenz und zu einem Konzept für einen europäischen Mindestlohn möchte sie innerhalb dieser Frist Vorschläge vorlegen. An diesen kurz- aber besonders auch an den mittel- und langfristigen Zielen wird sich die neue Kommission messen lassen müssen. Gleichzeitig birgt ihr zusammengestelltes Kollegium und der damit einhergehende Zuschnitt der Portfolios möglicherweise an der ein oder anderen Stelle Konfliktpotential. Insbesondere wird sich in der Praxis zeigen müssen, ob alle Zuständigkeitsbereiche klar genug definiert sind, sodass es zu keinen Kompetenzüberschneidungen kommt. Sofern diese Zuständigkeiten intern klar definiert sind, sind die Weichen für die erste Hälfte des neuen Jahrzehnts nach einem Jahr des Umbruchs in den EU-Institutionen nun gestellt.

Mit Charles Michel wird zum 1. Dezember auch der neue Präsident des Europäischen Rates die Arbeit aufnehmen und es deutet sich bereits an, dass er die Zielsetzungen der neuen

Kommission mitträgt. Ursula von der Leyen hat ohne Zweifel einen klaren Plan entworfen, in welche Richtung es bis zum Jahr 2024 gehen soll. Von der Wahl

der neuen Kommission im EU-Parlament ging das klare Signal aus, nun endlich mit der Arbeit zu beginnen.

## Die Kommissarinnen und Kommissare

#EUstrivesformore  
#vdLcommission  
Legislaturperiode 2019-2024

### EVP:

Bulgarien Mariya Gabriel  
Deutschland Ursula von der Leyen  
Griechenland Margaritis Schinas

Irland Phil Hogan  
Kroatien Dubravka Suica

Lettland Valdis Dombrovkis

Österreich Johannes Hahn  
Rumänien Adina-Ioana VĂLEAN  
Zypern Stella Kyriakides

Innovation und Jugend  
**Kommissionspräsidentin**  
**Vizepräsident**, Förderung der Europäischen Lebensweise  
Handel  
**Vizepräsidentin**,  
Demokratie und Demografie  
**Exekutiver Vizepräsident**, Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen  
**Haushalt und Verwaltung**  
Verkehr  
Gesundheit

### S&D:

Finnland Jutta Urpilainen  
Italien Paolo Gentiloni  
Luxemburg Nicolas Schmit  
Malta Helena Dalli  
Niederlande Frans Timmermans

Portugal Elisa Ferreira  
Schweden Ylva Johansson  
Slowakei Maroš Šefčovič

Spanien Joseph Borrell

Internationale Partnerschaften  
Wirtschaft  
Beschäftigung und soziale Rechte  
Chancengleichheit  
**Exekutiver Vizepräsident**,  
Ein Europäischer Grüner Deal  
Kohäsion und Reformen  
Inneres  
**Vizepräsident**, Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau  
**Hoher Vertreter**,  
Ein stärkeres Europa in der Welt

## RE:

Belgien	Didier Reynders	Justiz
Dänemark	Margrethe Vestager	<b>Exekutive Vizepräsidentin,</b> Ein Europa für das digitale Zeitalter
Estland	Kadri Simson	Energie
Tschech. Rep.	Věra Jourová	<b>Vizepräsidentin,</b> Werte und Transparenz

---

## Grüne:

Litauen	Virginijus Sinkevičius	Umwelt, Meere und Fischerei
---------	------------------------	-----------------------------

---

## EKR:

Polen	Janusz Wojciechowski	Landwirtschaft
-------	----------------------	----------------

---

## Parteilos:

Frankreich	Thierry Breton	Binnenmarkt
Slowenien	Janez Lenarčič	Krisenmanagement
Ungarn	Olivér Várhelyi	Nachbarschaft und Erweiterung

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry  
Leiter des Europabüros Brüssel  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
[www.kas.de/bruessel/](http://www.kas.de/bruessel/)

[ludger.bruckwilder@kas.de](mailto:ludger.bruckwilder@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)